

Geldwäsche-Compliance für Industrie und Handel

Krais

2. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77531-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Jürgen Kraus
Geldwäsche-Compliance



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Geldwäsche-Compliance für Industrie und Handel

Praxishandbuch für Güterhändler

von

Jürgen Kraiss

Rechtsanwalt/Syndikusanwalt in Augsburg

2. Auflage 2022


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Krais Geldwäsche § ... Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77531 4

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Im Mai 2018 wurde die 1. Auflage dieses Praxishandbuchs veröffentlicht. Viele positive Rückmeldungen und Erfahrungen der letzten Jahre und nicht zuletzt die vielen gesetzlichen Änderungen auf dem Gebiet der Geldwäsche-Prävention haben mich veranlasst, die 2. Auflage anzugehen. Seit Erscheinen der Erstauflage wurde das GwG fast im Jahresrhythmus geändert, zunächst zum 1.1.2020 zur Umsetzung der Änderungen der EU-Geldwäscherichtlinie, dann erneut zum 1.8.2021 durch das Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz (TrFinInfoG), womit vor allem das Transparenzregister zum Vollregister ausgebaut wurde. Hinzu kam ebenfalls 2021 die Reform des § 261 StGB (Geldwäsche). Gesetzgeberischer Stillstand ist auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die aktuelle Koalitionsregierung hat sich bereits dazu bekannt, eventuellen Änderungsbedarf auf Basis der noch nicht finalen FATF-Prüfung zeitnah anzugehen. Die Planungen der EU zur Vereinheitlichung des Rechtsrahmens der Geldwäsche-Prävention werden voraussichtlich 2024 in Kraft treten.

Die voranschreitende Verdichtung der Rechtslage und Verwaltungspraxis macht auch vor dem Nichtfinanzsektor keinen Halt. Zwar sind Industrie- und Handelsbetriebe nach wie vor gegenüber zB Banken privilegiert, was den Umfang des Risikomanagements angeht. Allerdings wurden auch für den Nichtfinanzsektor in der Zwischenzeit einheitliche Anwendungshinweise erlassen, die Auswirkungen auf die Praxis der Geldwäsche-Prävention in Industrie- und Handelsunternehmen haben. Angesichts ihrer faktisch-normativen Kraft kann man nur dringend dazu raten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Sie helfen bspw. bei der Frage, ob die Haupttätigkeit eines Unternehmens für die Einstufung als Verpflichteter iSd § 2 Abs. 1 GwG ausschlaggebend ist. Wo sich aus den vorhandenen Unterlagen keine Antwort finden lässt, versucht dieses Buch die Lücken zu schließen. Wie in der 1. Auflage lege ich dabei Wert auf eine Interpretation im Geiste eines praxisgerechten, echten risikobasierten Ansatzes im Sinne des verfassungsrechtlich abgesicherten Verhältnismäßigkeitsprinzips. Nicht jedes noch so abstrakt-theoretische Risiko verlangt von Güterhändlern umfassende Maßnahmen des Risikomanagements und Verstärkte Sorgfaltspflichten oder gar Verdachtsmeldungen. Richtschnur muss sein, dass sich ein Unternehmen nicht an illegalen Aktivitäten beteiligt und sich dafür auch nicht missbrauchen lässt. Dies gilt umso mehr in diesen leider recht unsicheren Zeiten. In diesem Sinne stehe ich mit diesem Buch unverändert für eine aktive, lebendige Compliance im Unternehmen, eine offene und transparente Kommunikation mit dem öffentlichen Sektor über die Grenzen dessen, was Unternehmen im Rahmen der Compliance leisten können, und eine qualitativ statt rein quantitativ orientierte Geldwäsche-Prävention mit dem Ziel, vor allem schwerste Straftaten und organisierte Kriminalität zu verhindern. Die Unternehmen sind nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung bei der Verhinderung und Aufdeckung von Straftaten aller Art. In diesem Sinne sollte das GwG gelebt und verstanden werden, in diesem Sinne wurde dieses Buch verfasst, das den Stand der Gesetzgebung bis November 2021 berücksichtigt.

Augsburg/ München im November 2021

Jürgen Krais



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur	XVII

§ 1. Einführung

A. Geldwäscheparadies Deutschland	1
B. Geldwäsche und Drogenkriminalität	4
C. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	5
D. Internationale Abkommen	7
E. Die EU-Geldwäsche-Richtlinien	7
F. Das Geldwäschegesetz (GwG)	9
G. Der risikobasierte Ansatz im GwG	10
H. Handelsbasierte Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	12

§ 2. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

A. Überblick	15
B. Geldwäsche	16
I. Definition der Geldwäsche im GwG	16
II. Die drei Phasen der Geldwäsche	17
III. Geldwäsche (§ 261 StGB)	19
1. Die Reform des § 261 StGB	19
2. Gegenstand der Geldwäsche	21
3. Vortaten der Geldwäsche	22
4. Herrühren aus einer Vortat	23
5. Die Tathandlungen	24
6. Vorsatz und Leichtfertigkeit	26
7. Strafverschärfungen und Strafausschließungsgründe	28
8. Besonderheiten	30
a) Geldwäsche und Steuerdelikte	30
b) Geldwäsche und Korruption	31
c) Geldwäsche und Hawala-Banking	32
d) Abgrenzung zu Hehlerei und Strafreitelung	32
C. Terrorismusfinanzierung	33
I. Definition der Terrorismusfinanzierung im GwG	33
II. Die drei Phasen der Terrorismusfinanzierung	34
III. Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB)	35
IV. Bildung terroristischer Vereinigungen (§§ 129a, b StGB)	37
D. Strafverfahren und Vermögensabschöpfung	39
I. Strafprozessuale Aspekte	39
II. Aspekte der Vermögensabschöpfung	39

§ 3. Güterhändler als GwG-Verpflichtete

A. Überblick	43
B. GwG-Verpflichtete	44
I. Verpflichtete	44
II. Finanzsektor und Nichtfinanzsektor	44
III. Sitzland Deutschland	45
IV. Unternehmensgruppen im GwG	46
C. Gewerblicher Güterhandel	46
I. Definition Güterhändler	46
II. Güter	47
III. Gewerblicher Handel	48
IV. Haupttätigkeit	48
V. Einkauf von Gütern	49
VI. Abgrenzungsfragen	50
D. Überschießende Umsetzung und Privilegierung	52

§ 4. Geldwäsche-Risikomanagement bei Güterhändlern

A. Überblick	55
B. Privilegierte Güterhändler	56
I. Rechtsgrundlage	56
II. Schwellenwerte	57
1. Handel mit Edelmetallen	58
2. Handel mit sonstigen Gütern	59
III. Bargeld-Transaktionen über Güter	59
1. Der Transaktionsbegriff im GwG	59
2. Ausreißer	61
3. Bargeld-Transaktionen	62
4. Zusammenhängende Transaktionen	63
5. Güterbezogene Transaktionen	64
6. Transaktionen über Dritte	65
IV. Risikomanagement „light“	66
C. Allgemeine Anforderungen an das Risikomanagement	68
I. Zuständigkeit der Leitungsebene	68
II. Angemessenheit und Wirksamkeit	70
III. Umfang und Dauer	70
D. Risikoanalyse (§ 5 GwG)	72
I. Europäische und Nationale Risikoanalyse	72
II. Unternehmensspezifische Risikoanalyse	73
III. Dokumentation und Aktualisierung	74
IV. Auslagerung („Outsourcing“)	75
V. Befreiungsmöglichkeiten	76
VI. Inhalt und Umfang	76
VII. Struktur und Gliederung	77
1. Bestandsaufnahme	77
2. Risikoidentifizierung	77
3. Kategorisierung und Gewichtung	78
4. Umsetzung (Dimensionierung)	78
VIII. Risikofaktoren	79
1. Zwingende Risikofaktoren	79

2. Kunden- und geschäftspartnerbezogene Risiken	80
3. Geografische Risikofaktoren (Länderrisiko)	85
4. Transaktionsbezogene Risiken (Transaktionsrisiko)	88
5. Produktbezogene Risiken (Produktrisiko)	90
6. Risikofaktoren der Terrorismusfinanzierung	92
7. Individuelle Risikofaktoren	93
E. Sicherungsmaßnahmen	93
I. Angemessenheit und weitere Anforderungen	93
II. Aktualisierung	94
III. Auslagerung („Outsourcing“)	94
IV. Befreiungsmöglichkeiten	96
V. Regelbeispiele	97
VI. Grundsätze, Verfahren und Kontrollen	97
VII. Geldwäschebeauftragter	98
1. Rechtsgrundlage	98
2. Anordnung der Aufsichtsbehörde	99
3. Handel mit Hochwertigen Gütern	100
4. Bestellung und Entpflichtung	102
5. Qualifikation und Zuverlässigkeit	103
6. Fachliche und organisatorische Zuordnung	103
7. Aufgaben, Befugnisse und Haftung	105
8. Benachteiligungsverbot; Kündigungsschutz	109
9. Auslagerung („Outsourcing“)	109
10. Befreiungsmöglichkeiten	110
11. Stellvertreter	110
12. Gruppengeldwäschebeauftragter	111
VIII. Missbrauch neuer Technologien	112
IX. Schulungen (Trainings)	113
X. Zuverlässigkeitsprüfung	115
XI. Unabhängige Überprüfung	118
XII. Hinweisgebersystem („Hotline“)	119
XIII. Vorkehrungen für Auskunftersuchen	120
XIV. Datenverarbeitungssysteme und Kundenscorings	122
XV. Datenschutz	122
F. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	123
I. Privilegierte Güterhändler	123
II. Anforderungen an Aufzeichnungen	124
III. Umfang der Aufzeichnungspflichten	125
1. Sorgfaltspflichten	125
2. Risikobewertungen	125
3. Untersuchung auffälliger Transaktionen	126
4. Verdachtsfälle	126
IV. Aufbewahrungsfrist	127
G. Gruppenweites Risikomanagement	127
I. Privilegierte Güterhändler	127
II. Gruppenweite Pflichten der Muttergesellschaft	128
1. Gruppenweite Pflichten	128
2. Mutterunternehmen einer Gruppe	129
3. Gruppenweite Risikoanalyse	130
4. Einheitliche Sicherungsmaßnahmen	131
5. Gruppen-Geldwäschebeauftragter	132

6. Verfahren zum Informationsaustausch	132
7. Vorkehrungen zum Datenschutz	133
8. Wirksamkeit	133
III. Gruppenunternehmen in der EU und im EWR	133
IV. Gruppenunternehmen in Drittstaaten	134
V. Teilgruppen als Adressat gruppenweiter Pflichten	137
VI. Pflichten gruppenangehöriger Unternehmen	138
 § 5. Allgemeine Kundensorgfaltspflichten bei Güterhändlern	
A. Überblick	139
B. Privilegierte Güterhändler	140
I. Schwellenwertabhängige Auslösetatbestände	140
II. Der Verdachtsfall als Auslösetatbestand	141
III. Ausschluss anderer Auslösetatbestände	144
C. Allgemeine Sorgfaltspflichten	145
I. Umfang der Sorgfaltspflichten	146
II. Prüfung von PEP und anderen erhöhten Risiken	147
III. Geschäfts- und Transaktionsverbote	148
IV. Auslagerung („Outsourcing“)	152
1. Rechtsgrundlage	152
2. Gesetzlich Qualifizierte Dritte	153
3. Zusätzliche Anforderungen	154
4. Vertraglich qualifizierte Dritte	154
5. Unterbeauftragung (Sub-Auslagerung)	156
D. Geldwäscherechtliche Identifizierung	156
I. Datenerhebung und Datenüberprüfung	156
II. Zeitpunkt der Identifizierung	157
III. Ausnahme von der Identifizierung	157
IV. Mitwirkungspflichten	158
E. Identifizierung des Vertragspartners und auftretender Personen	159
I. Wer ist Vertragspartner?	160
II. Identifizierung natürlicher Personen	161
1. Anwesende natürlicher Personen	161
2. Fernidentifizierung natürlicher Personen	163
3. Videoidentifizierung	164
4. Sonstige Identifizierungsverfahren	165
III. Identifizierung juristischer Personen/Gesellschaften	165
IV. Identifizierung anderer Rechtsgestaltungen	167
V. Identifizierung Auftretender Personen	167
F. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	169
I. Abklärungs- und Identifizierungspflicht	169
II. Wer ist wirtschaftlich Berechtigter?	169
1. Rechtliches Eigentum	171
2. Stimmrechte	172
3. Kontrolle	173
4. Handeln auf Veranlassung	174
5. Mittelbare Wirtschaftliche Berechtigung	174
6. Verhinderungsbeherrschung	176
7. Fiktive Wirtschaftliche Berechtigung	176
8. Trusts, Stiftungen und sonstige Rechtsgestaltungen	179

III. Datenerhebung	180
IV. Überprüfung der Angaben	181
V. Rechtsformspezifische Beispiele	182
1. Kapitalgesellschaften	182
2. Personengesellschaften	183
3. Genossenschaften/Vereine	184
4. Behörden und öffentliche Unternehmen	184
VI. Eigentümer- und Kontrollstruktur	185
G. Art und Zweck der Geschäftsbeziehung	185
H. Kontinuierliche Überwachung	186

§ 6. Vereinfachte und Verstärkte Sorgfaltspflichten

A. Überblick	189
B. Vereinfachte Sorgfaltspflichten	189
C. Verstärkte Sorgfaltspflichten	191
I. Privilegierte Güterhändler	191
II. Erhöhte Risiken (Generalklausel)	192
III. Umfang Verstärkter Sorgfaltspflichten	194
IV. Geschäfts- und Transaktionsverbote	195
D. Politisch Exponierte Personen (PEP)	195
I. Hintergrund	195
II. Definition und Personenkreis	196
1. Politisch Exponierte Personen	196
2. Familienangehörige eines PEP	197
3. Einem PEP nahestehende Personen	198
III. Feststellung des PEP-Status	199
IV. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei PEP	200
V. Ehemalige PEP	202
VI. Nachträgliche Feststellung des PEP-Status	203
E. Drittstaaten mit erhöhtem Risiko	204
I. EU-Negativliste	204
II. Bezug zu Drittstaaten mit erhöhtem Risiko	204
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten	205
IV. Andere Drittstaaten mit erhöhtem Risiko	207
F. Auffällige Transaktionen	208

§ 7. Verdachtsfälle und Verdachtsmeldungen

A. Überblick	211
B. Allgemeines zum Verdachtsmeldewesen	212
I. Statistik	212
II. Strafanzeige, Selbstanzeige	215
III. Grenzen der Meldepflicht	216
IV. Auskunftersuchen der FIU	218
C. Verdachtsmeldepflichten beim Güterhändler	219
I. Keine Privilegierung	219
II. Meldepflichtige Verdachtsfälle	220
1. Vorliegen von Tatsachen	220

2. Verdacht der Geldwäsche	221
3. Verdacht der Terrorismusfinanzierung	223
4. Verletzung der Mitwirkungspflichten	224
5. Meldepflichten rechtsberatender Berufe	226
6. Verdachtsmeldeschwelle („Hindeuten“)	226
III. Anhaltspunktepapiere („Typologien“)	228
IV. Subjektiver Beurteilungsspielraum	229
V. Untersuchungspflicht/Untersuchungsrecht	231
VI. Unverzüglichkeit	233
VII. Verdachtsmeldeschwelle: Kritische Würdigung	234
D. Erstattung von Verdachtsmeldungen	235
I. Die FIU Deutschland	235
II. Form und Frist	237
III. Zuständigkeit	238
IV. Registrierungspflicht (goAML)	238
E. Nach der Verdachtsmeldung	239
I. Verbot der Informationsweitergabe (Tipping-Off)	239
II. Temporäres Transaktionsverbot („Stillhaltefrist“)	241
III. Risiko eigener Strafbarkeit	242
IV. Sorgfaltspflichten im Verdachtsfall	243
V. Sofortmaßnahmen der FIU	244
VI. Haftungsfreistellung, Diskriminierungsverbot	245
VII. Informationszugang Betroffener und Akteneinsicht	247
VIII. Rückmeldung an den Verpflichteten	248
F. Internes Verdachtsmeldewesen	249
§ 8. Praxisbeispiele im Güterhandel	
A. Personenbezogene Umstände	251
I. Briefkastenfirmen	251
II. Komplexe Eigentümer- und Kontrollstrukturen	253
III. Strohmanngestaltungen	254
IV. Sanktionslistentreffer	254
V. Geschäfte, die nicht zum Kunden passen	255
VI. Geschäfte ohne wirtschaftlichen Sinn	256
B. Länderbezogene Umstände	256
I. Zahlungen über Drittländer	256
II. Geschäftspartner in Steueroasen	257
C. Transaktionsbezogene Umstände	257
I. Auffällige Bargeldgeschäfte	257
II. Zahlungen unbekannter Dritter (Drittzahlungen)	258
III. Nutzung informeller Finanzdienstleister (Hawala-Banking)	260
IV. Auffällige Nutzung von Akkreditiven	261
V. Unnötig komplexe Geschäftsmodelle	262
VI. Dubiose Finanzierungsquellen	262
VII. Überzahlungen und Weiterleitungsfälle	263
VIII. Zahlungen aus privater Quelle	264
D. Presseberichte und Auskunftersuchen	264
I. Negative Presseberichte („adverse media“)	264
II. Steuerlich relevante Gestaltungen	265

§ 9. Aufsichtsbehörden und Bußgeldvorschriften

A. Überblick	267
B. Zuständige Aufsichtsbehörde	267
C. Befugnisse und Pflichten der Aufsichtsbehörden	268
I. Vor-Ort-Prüfungen	269
II. Pflichten der Aufsichtsbehörden	270
III. Behördliche Hinweisgebersysteme	271
IV. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	272
D. Mitwirkungspflichten der Verpflichteten	272
E. Geldbußen und anderen Sanktionen	273
I. Ordnungswidrigkeiten	273
II. Widerruf der Zulassung	275
III. Verbot von Leitungspositionen	276
IV. Veröffentlichung von Entscheidungen	276
F. Rechtsbehelfe	277

§ 10. Das Transparenzregister

A. Überblick	280
B. Aufbau und Funktion des Transparenzregisters	281
C. Transparenzpflichten privatrechtlicher Vereinigungen	282
I. Privatrechtliche Vereinigungen	282
II. Wirtschaftlich Berechtigte	284
III. Besondere Transparenzpflichten	285
IV. Eintragungspflichten und Übergangsfristen	287
V. Auskunftspflichten der Wirtschaftlich Berechtigten und Anteilseigner	289
VI. Ausnahmen von der Eintragungspflicht (Mitteilungsfiktionen)	290
1. Unbedingte Mitteilungsfiktion (Börsennotierte Gesellschaften)	291
2. Allgemeine Mitteilungsfiktion (alle Gesellschaften)	292
3. Gruppenprivileg für Töchter börsennotierter Gesellschaften	294
D. Trust, Stiftungen und ähnliche Rechtsgestaltungen	294
I. Wirtschaftlich Berechtigte bei Trusts und ähnlichen Rechtsgestaltungen	295
II. Besonderheiten	296
E. Einsichtnahme in das Transparenzregister	296
I. Berechtigte und Zugangsvoraussetzungen	296
II. Zugangssperren	298
III. Ausdrücke und Bestätigungen	300
IV. Auskunftsansprüche Wirtschaftlich Berechtigter	300
F. Unstimmigkeitsverfahren	300
I. Unstimmigkeitsmeldungen	300
II. Unstimmigkeiten	301
III. Unstimmigkeitsverfahren	302
G. Gebühren und Sanktionen	303
H. Europäische Registervernetzung	303

§ 11. Besondere Konstellationen

A. Vermittler im Güterhandel 305

B. Kunst- und Antiquitätenhandel als Güterhandel 306

C. M&A-Transaktionen 309

D. Industrielle Holdings als Finanzunternehmen 309

E. Syndizi als Verpflichtete 310

 I. Syndizi im GwG 311

 II. Kataloggeschäfte 311

 III. Risikomanagement 312

 IV. Kundensorgfaltspflichten 313

 V. Verdachtsmeldepflichten 313

 VI. Immobilien-Melde-Verordnung 314

§ 12. Rechtspolitischer Ausblick

Anhang

I. Mitgliedsländer der FATF 323

II. Nützliche Links 324

Stichwortverzeichnis 325

